

Kurzreferate – Es gilt das gesprochene Wort

Referent: Ernst Danner, alt-Gemeinderat EVP

- Das überparteiliche Initiativkomitee „Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!“ bestand aus den 5 Parteien EVP, SD, BDP, Piraten und EDU. Im Abstimmungskomitee für den 12. Februar 2017 sind 10 Parteien vertreten, mit dabei sind auch die heute im Gemeinderat vertretenen Grünen, Grünliberalen, CVP, AL und die Juso. Alle 10 Parteien haben Parlamentserfahrung in Zürich oder einer andern Schweizer Gemeinde. Sie wissen demnach, wie ein Parlament funktioniert. Sie sind auch in Parlamenten mit Pukelsheimwahlverfahren ohne Prozenzhürden vertreten und stellen fest: Ein Quorum ist nicht notwendig für das Funktionieren eines Parlaments. Die grossen Abwesenden, die das Quorum mit Zähnen und Klauen verteidigen, sind die grossen Parteien SP, SVP und FDP. Das Quorum ist für sie nicht eine Frage der Effizienz des Ratsbetriebs, sondern ihrer Machtansprüche. Sie müssten bei Abschaffung des Quorums am meisten Macht abgeben zugunsten einer breiteren Vertretung der Bevölkerung.

An den Gemeinderatswahlen 2014 haben rund 94'000 Stimmberechtigte teilgenommen. Da der Gemeinderat 125 zählt, brauchte es demnach 752 Wählerinnen oder Wähler, um einen Sitz zu erlangen. Es ist grundsätzlich unbestritten und auch vom Bundesgericht anerkannt, dass eine Proporzwahl die sogenannte Erfolgswertgleichheit der Stimmen garantieren muss, d.h. jede abgegebene Stimme muss grundsätzlich die gleiche Chance auf ein Mandat im Parlament haben, deshalb spricht man ja von einer „proportionalen“ Verteilung der Sitze.

Es ist deshalb ein eklatanter Verstoss gegen diesen Grundsatz, wenn eine Partei wie etwa die EVP, die 2014 total 2332 Wählerinnen und Wähler auf sich vereinigen konnte, keinen Sitz erhält. Proportional hätte sie 2332 geteilt durch 752 gleich 3 Sitze erhalten müssen. Hat sie aber nicht, weil es die 5%-Sperrklausel gibt. Am meisten von der Sperrklausel hat die SP profitiert, sie hat mit 704 Wählern einen Sitz erhalten. Aber auch die SVP gehört zu den Profiteurinnen: Ihr reichten 709 Wähler.

Die Volksinitiative „Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!“ will diese Ungerechtigkeit beseitigen und die Vertretung der ganzen Bevölkerung in unserem Gemeinderat sicherstellen. Der Gemeinderat wird dadurch bunter, vielfältiger, aber keineswegs weniger effizient. Die Frage der Effizienz hängt nicht von der Anzahl vertretenen Parteien ab, sondern von der Organisation des Ratsbetriebs und vom Effizienzwillen der Mehrheiten im Rat. Die Verbreiterung des Parteienspektrums im Stadtzürcher Gemeinderat führt nicht zu einer Zersplitterung, wie die Gegner behaupten, sondern zu einer breiteren Vielfalt und zur Anwesenheit von Ratsmitgliedern, die auch Anliegen aufgreifen können, die von den Grossparteien nicht wahrgenommen oder verdrängt werden. Deshalb stimmen wir für ein Faires Wahlrecht und für die Vertretung der ganzen Bevölkerung in unserem städtischen Parlament!

Referent: Eduard Guggenheim, Gemeinderat AL 1+2

- **One Man, One Vote**

Aus demokratiepolitischen Überlegungen ist es zwingend, dass bei den alle vier Jahre stattfindenden Wahlen von Ratsmitgliedern ins Stadtzürcher Parlament jede Stimme zählen soll. Aufgrund der bestehenden unfairen und undemokratischen Wahlhürde ist dies heute nicht mehr möglich.

Auch neue Parteien und neue Bewegungen sollen die Chance erhalten, gewählt zu werden und ihre neuen Ideen in den politischen Prozess einzubringen. Mit dem früheren und sinnvollen Modell der Listenverbindungen war dies möglich. Damit gingen keine Stimmen verloren.

Es geht nicht an, dass bestehende Machtkartelle von im Gemeinderat vertretenen Parteien wegen möglichst hoher Hürden die Wahl neuer Kräfte in den Gemeinderat verhindern und diese Machtkartelle damit ihre eigenen Pfründe verteidigen. Dies widerspricht jeder demokratischen Auffassung und Grundhaltung.

Frischer Wind im Parlament schadet sicher nicht, auch wenn er im ersten Moment als störend empfunden werden kann, ganz im Gegenteil.

Mit der Annahme der Volksinitiative "Faires Wahlrecht für Züri" sollen neue und kleine Bewegungen die Chance erhalten, sich ohne undemokratische und unüberwindbare Hürden im politischen Meinungsfindungsprozess und parlamentarischen Betrieb einzufügen.

Die AL (Alternative Liste) unterstützt deshalb diese Volksinitiative vorbehaltlos.

Referent: Markus Hungerbühler, Parteipräsident, Gemeinderat CVP 3

- **"Keine Angst vor Zersplitterung, Einbindung in die Arbeit im Gemeinderat"**

Wir haben Ihnen bereits einige Argumente dargelegt, weshalb wir uns für die Initiative einsetzen. Es ist klar, dass die Abschaffung der 5%-Hürde im Parlament der Stadt Zürich dazu führen würde, dass weitere Parteien, die bis anhin an dieser Hürde gescheitert sind, ins Stadtparlament einziehen würden. Die Behauptungen, dadurch würde das Parlament nicht mehr arbeiten können bzw. es käme zu einer eigentlichen Zersplitterung, sind unbegründet und an den Haaren herbeigezogen.

Parlamentarier von Gruppierungen oder Parteien, die nicht mindestens fünf Sitze haben, erhalten keinen Fraktionsstatus und sind somit auch von der Arbeit in den vorbereitenden Kommissionen ausgeschlossen. Den Gruppierungen stünde es aber frei, sich grösseren Fraktionen anzuschliessen bzw. selber eine oder mehrere Fraktionen mit anderen Gruppierungen zu bilden. Die Erfahrung aus vielen Parlamenten in der Schweiz - gleichgültig ob auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene - zeigt, dass sich Parlamentarier solcher

kleiner Gruppierungen oder Parteien zum überwiegenden Teil entweder einer Fraktion anschliessen oder eine solche zusammen bilden.

Und selbst wenn es ein, zwei "Einzelmasken" im Stadtzürcher Parlament gäbe, wäre das kein Unglück. Sie würden allenfalls die Diskussion beleben - von einer Blockade oder Lahmlegung des Parlaments zu sprechen, wie das die Gegner der Abschaffung der 5%-Hürde tun, ist völlig übertrieben. Denn auch die Geschäftsordnung des Parlaments sorgt dafür, dass alles weiterhin in geordneten Bahnen verlief.

Die Behauptungen der Gegner der Initiative, das Stadtparlament von Zürich würde ohne die 5%-Hürde "fragmentiert" und dies sei der Effizienz abträglich, entbehrt jeglicher Grundlage. Sie zeigen vor allem auf, dass diese über keinerlei überzeugende Argumente verfügen, weshalb man gegen die Initiative sein soll, welche die CVP Stadt Zürich bereits während der Unterschriftensammlung tatkräftig unterstützt hat. Wer keine Argumente hat, kann sich zwar trotzdem gegen die Initiative aussprechen, sollte aber immerhin so ehrlich sein und zu dieser Schwäche stehen!

Referent: Matthias Wiesmann: Gemeinderat GLP 6

- Zur Beurteilung der Auswirkungen des Quorums lohnt sich ein Blick zurück auf die drei Gemeinderatswahlen, die unter dem neuen Verfahren „Doppelter Pukelsheim“ durchgeführt wurden, das für die Sitzverteilung gerechterweise das gesamtstädtische Ergebnis betrachtet, jedoch mit der 5%-Hürde – die in einem der Wahlkreise überwunden werden muss – die Bemühung um Gerechtigkeit gleich wieder vernichtet.

Lassen Sie mich aufzeigen, was bei den letzten drei Wahlen ohne Quorum passiert wäre. Selbstverständlich muss man den Vorbehalt machen, dass die Bevölkerung möglicherweise etwas anders gewählt hätte, wenn es kein Quorum gegeben hätte.

Bei den Gemeinderatswahlen von 2006 hätten die Grünliberale Partei drei Sitze und die SVP-nahe Seniorenliste einen Sitz gewonnen. Sitze eingebüsst hätten v.a. die SP mit zwei Sitzen, dazu die SVP und die Grünen mit je einem Sitz. Auch ohne Quorum hätte die Liste Danowski, eine Liste mit Unabhängigen, die EDU und die Humanistische Partei keinen Sitz ergattern können. Man sieht also, dass nicht einfach jede Partei bzw. Listengruppe in den Gemeinderat einziehen kann, sondern eine gewisse Wählerbasis (rechnerisch 0.8%, es reichen dank Rundung allerdings 0.4%) für einen Sitz vorhanden sein muss. Ergebnis: Aufgrund des Quorums waren 3.64% der Wählerschaft nicht im Gemeinderat repräsentiert, ohne Quorum wären es akzeptable 0.59% gewesen.

Bei den Wahlen 2010 wären ohne Quorum die EDU und die Partei für Züri mit je einem Sitz eingezogen. Verloren hätten die SP und die SVP je ein Mandat. Da die EVP und die Schweizer Demokraten hier das Quorum wiederum knapp überschritten und es diesmal auch die glp ins Parlament schaffte, waren lediglich 1.11% der Wählerschaft nicht repräsentiert. Ohne Quorum wären gar keine Wählerstimmen verloren gegangen.

Betrachtet man die Wahlen 2014, hätte die Absenz der 5%-Hürde zu ziemlich grossen Verschiebungen geführt. Drei Sitze wären an die EVP gegangen, die ja äusserst knapp am Quorum gescheitert ist. Ferner je einen Sitz wären der SD, der BDP, der EDU und den Piraten zugestanden. Sitze abgegeben hätten die SP, und zwar gleich drei Sitze, ferner je einen Sitz die SVP, FDP, Grüne und AL. Im Moment sind aber aufgrund der eingebauten Hürde zur Abwehr kleinerer Parteien 5.67% der Bevölkerung nicht im Gemeinderat repräsentiert. Ohne Quorum hätte es lediglich die AHS (Aktion für humanen Städtebau) mit einem Wähleranteil von 0.06% nicht in den Rat geschafft.

Fazit: Wenn die Initiative eine Mehrheit findet, würden v.a. die SP und weniger stark auch andere grosse und mittelgrosse Parteien Sitze verlieren. Hingegen würde die Parteienvielfalt im Rat grösser, was die Präferenzen der Stadtzürcher Bevölkerung wesentlich besser abbilden würde und damit unserer Meinung nach gerechter wäre.

Referentin: Karin Rykart, Fraktionspräsidentin, Gemeinderätin Grüne 4+5

- **Vielfalt im Gemeinderat fördert den politischen Ideenwettbewerb**

Ein der Hauptargumente der Verfechter der 5%-Hürde – wir haben es vorher bereits gehört – ist die Angst vor der Zersplitterung oder einer sogenannten Atomisierung des Parlaments. Diese Angst ist unserer Meinung nach völlig unbegründet. Wer länger im Gemeinderat der Stadt Zürich politisiert oder politisiert hat, weiss dies sehr genau.

Die heutige ausserordentliche Situation mit nur sieben Parteien mit Fraktionsstärke und mit zwei fast gleich grossen Lagern zeigt, dass der heutige Zustand mit einer 5%-Hürde nicht zwingend dazu führen muss, dass der Ratsbetrieb effizienter und weniger schwerfällig ist. Das Ringen um Mehrheiten ist zäher geworden, da die politischen Lager sehr viel geschlossener auftreten. Zu Überraschungen kommt es selten.

Mit der Abschaffung der künstlichen Hürde von 5% in einem Wahlkreis würde Vielfalt und damit einher der Ideenwettbewerb im Gemeinderat gefördert. Neue Ideen in Form von Vorstössen und Anträgen von kleineren Parteien und Einzelpersonen können durchaus

Mehrheiten erhalten. Ich erinnere an den Antrag der SD während der Budgetdebatte, als sie aus dem Nichts eine Mehrheit für den automatischen Teuerungsausgleich erhielten.

Konkurrenz belebt. Dagegen stemmen sich die grossen Parteien im städtischen Parlament – hier sollen andere Regeln gelten. Ausgerechnet die beiden grossen bürgerlichen Parteien fürchten sich davor. Sie, die ansonsten den freien Wettbewerb, die Innovation und die Konkurrenz so sehr loben und damit Fortschritt, Gemeinsinn und Freiheit in Verbindung bringen. Im Zürcher Gemeinderat wollen sie davon nichts wissen. Die Demokratie und unser politisches System leben aber davon und daher sagen wir JA zur Vielfalt im Gemeinderat, JA zu mehr Ideenwettbewerb und JA zur Initiative „Faires Wahlrecht für Züri“.

Referent: Walter Wobmann, Parteipräsident SD Stadt Zürich

- **Wert der Kleinen Parteien als Beitrag für eine lebendige Demokratie**

Bei Volksabstimmungen und Gemeindeversammlungen zählen unsere Stimmen alle gleich. Niemandem käme in den Sinn, einen Teil der Stimmen "ausser Betracht" fallen zu lassen, weil sie von Anhängern kleiner Parteien stammen.

Doch bei den Zürcher Gemeinderatswahlen geschieht genau dies. Es gilt eine "5 %-Hürde", mit welcher die kleinen Parteien vom Parlament ausgeschlossen werden, obwohl ihr gesamtstädtischer Stimmenanteil für mindestens einen Sitz ausreichen würde. So blieben bei den Wahlen von 2014 die Stimmen von 5'200 Wählerinnen und Wählern wirkungslos. Ohne die unfaire Sperrklausel hätten diese genannten Wähler/innen insgesamt 7 Vertreter oder Vertreterinnen im Stadtparlament erhalten.

Die von den grossen Parteien geschürte Angst vor einer "Zersplitterung" des Parlaments ist unbegründet. Dieses tritt in den Städten an die Stelle der in den Landgemeinden üblichen Gemeindeversammlung. Dort spricht doch auch niemand von "Zersplitterung", weil alle Meinungen gleichberechtigt eingebracht werden können!-- Meinungsvielfalt stärkt und belebt die Demokratie und macht auch deren Reichtum aus!-- In anderen Gemeinden mit Gemeindeparlament in unserem Kanton gibt es ebenfalls keine solchen Hürden, auch nicht in Winterthur.

Der Grund, warum diese 5% Hürde hier in Zürich eingeführt wurde, ist einzig und allein eine Pfründenpolitik der grossen Parteien. Diese sind nicht bereit, dass die kleineren Parteien ebenfalls an der Gemeindepolitik teilhaben. Da im Gemeinderat immer mehr ein Fraktionszwang durchgesetzt wurde, ist heute zu Tage eine Gemeinderatsdebatte von der Zuschauertribüne zunehmend uninteressanter geworden. Denn das Abstimmungsverhalten,

insbesondere der grossen Parteien ist so schon vorgespart, egal wie gut die Argumente einzelner Votanten im Ratsplenum sind. Da nun immer weniger Parteien im Gemeinderat vertreten sind, läuft der Ratsbetrieb immer mehr wie ein langweiliges Zahnradräderwerk ab. Interessante Vorschläge aus einem anderen Blickwinkel und innovative Ideen, welche früher vielfach von den kleinen Parteien eingebracht wurden, fallen immer mehr weg und machen den Ratsbetrieb zunehmend monoton. Dieser demokratieverarmenden Verhinderungspolitik muss dringend entgegengewirkt werden!

Die 5%-Hürde ist aus Deutschland kopiert worden, wo ganz andere Verhältnisse herrschen. Im dortigen System führen wechselnde Mehrheiten im Parlament gleich zur Regierungskrise. Bei uns in der Schweiz sind wir zum Glück daran gewöhnt, dass die Regierung ab und zu mit einer Vorlage scheitert, sei es im Parlament oder in einer Volksabstimmung. Deswegen ist unser Land noch nie aus den Fugen geraten. Wir brauchen keine fremdimplantierte 5%-Sperrklausel.